

EIN KAUM LÖSBARES DILEMMA FÜR DIE SOZIALE ARBEIT | Armut ist zwar ein Skandal, aber funktional

Christoph Butterwegge

Zusammenfassung | Der Beitrag beleuchtet den Begriff der Armut und untersucht die politische Dimension ihrer unterschiedlichen Erscheinungsformen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Der Autor belegt die Systemimmanenz von Armut und zeigt dadurch die Notwendigkeit einer (Re-)Politisierung Sozialer Arbeit.

Abstract | The article illuminates the concept of poverty and examines the political dimension of its variable manifestations in the German society. The author proves poverty to be a system-immanent problem and thus shows the necessity of a (re)politicization of Social Work.

Schlüsselwörter ► *Soziale Arbeit* ► *Armut*
► *Gesellschaft* ► *Macht* ► *Sozialstaat*

Einleitung | Wie die Sozialgeschichte zeigt, unterlag Armut einem ständigen Wandel hinsichtlich ihrer Erscheinungsformen, aber auch des Umgangs mit ihr. Was man darunter verstand, war primär vom erreichten Wohlstandsniveau, von der Produktivkraftentwicklung, den Einkommens- und Vermögensverhältnissen sowie den hierauf basierenden Normen und Werten, ihrer Widerspiegelung im Alltagsbewusstsein und von kulturellen Traditionen abhängig. Genauso vielfältig wie die Erscheinungsformen der Armut selbst waren offenbar die Reaktionen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft darauf. Hierzulande hat man die Armut lange als ein Tabuthema behandelt und totgeschwiegen. Seit geraumer Zeit ist sie zwar fast zu einem Topthema in den Talkshows über die (Neufestsetzung der) Hartz-IV-Regelungen, den Zerfall der Mittelschicht oder die Folgen der Weltfinanzkrise geworden, wird allerdings immer noch eher schöngeredet, verharmlost und verdrängt (vgl. hierzu *Butterwegge* 2011).

Begriffsdefinition und Erscheinungsformen der Armut | „Armut“ ist ein politisch-normativer Begriff, der sich nicht ein für alle Mal definieren lässt, weil kein Grundkonsens darüber existiert, was man hierunter subsumieren kann, je nach sozialer Stel-

mut. Analysen der Beziehungen zwischen Arbeitslosigkeit und Armut. Kölner Schriften zur Sozial- und Wirtschaftspolitik, Band 4. Regensburg 1987, S. 97-118

lak – Landesarmutskonferenz Berlin: 1. Resolution der Landesarmutskonferenz Berlin, verabschiedet auf der Mitgliederversammlung am 17. Juni 2010. In: <http://www.landesarmutskonferenz-berlin.de/dokumente/ResolutionProzent20LAK.pdf> (Abruf am 15.7.2011)

Rat der Europäischen Union: Beschluss 85/8/EWG des Rates vom 19. Dezember 1984 über gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut auf Gemeinschaftsebene. In: Amtsblatt Nr. L 002 vom 3.1.1985, S. 24

Schneider, Ulrich: Armut muss berühren. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Armutsberichterstattung aus der Sicht eines Wohlfahrtverbandes. In: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 2/2010, S. 47-50

Sen, Amartya: *Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft.* München 2002

Statistisches Bundesamt: Armutsgefährdungsquote nach Bundesländern (gemessen am Bundesmedian). In: <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Tabellen/tabelleA11.html> (Abruf am 18.7.2011)

Statistisches Bundesamt; *GESIS-ZUMA; WZB (Hrsg.): Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland.* Bonn 2008

Townsend, Peter: *Measures and Explanations of Poverty in High Income and Low Income Countries: The Problems of Operationalizing the Concepts of Development, Class and Poverty.* In: Townsend, Peter (ed.): *The Concept of Poverty. Working Papers on Methods of Investigation and Life-Styles of the Poor in Different Countries.* London 1970, pp. 1-45

Townsend, Peter: *The International Analysis of Poverty.* Hertfordshire 1993

Weisser, Gerhard: *Wirtschaft. Nachdruck des 1956 erschienenen Beitrags mit einer Einführung von Prof. Dr. Theo Thiemeyer.* Göttingen 1989

World Bank: *Poverty Indicators 2008. Frequently Asked Questions (FAQs).* In: http://siteresources.worldbank.org/IN/TAFRICA/Resources/pov_ind_afr_faq_0808.pdf (Abruf am 13.7.2011)

lung, Weltanschauung und Religion vielmehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Auffassungen dazu existieren. Gleichzeitig ist „Armut“ auch ein relationaler Begriff, der nur im Verhältnis zu jener Gesellschaft einen Sinn ergibt, in der ein davon Betroffener lebt. Bewährt hat sich die grundlegende Unterscheidung zwischen absoluter, extremer oder existenzieller Armut einerseits und relativer Armut andererseits. Von „absoluter Armut“ spricht man dann, wenn Menschen die für ihr Überleben nötigen Dinge fehlen, also ausreichend Nahrung, Wasser, Kleidung, Obdach, Heizung und medizinische Versorgung. *Richard Hauser* weist darauf hin, dass selbst das physische Existenzminimum und damit die Grenze zur absoluten Armut nur schwer festzulegen ist, weil sie beispielsweise davon abhängen, ob es sich um ein warmes oder um ein kaltes Land handelt, in dem jemand lebt. Außerdem spielten kulturelle beziehungsweise religiöse Tabus im Hinblick auf die Frage, was gegessen und getrunken werden darf, eine Rolle: „Selbst eine absolute Armutsgrenze kann also nur relativ im Hinblick auf die natürliche Umgebung und die Gesellschaft, in der die Menschen leben, bestimmt werden“ (*Hauser* 2008, S. 68).

Arm ist aber nicht bloß, wer für eine längere Zeit das physische Existenzminimum für sich und seine Familie kaum zu gewährleisten, sondern auch, wer aufgrund materieller Defizite nicht einmal annähernd den durchschnittlichen Lebensstandard jener Gesellschaft, in der er lebt, zu sichern vermag. Von „relativer Armut“ spricht man dann, wenn Lebensstandard und Lebensbedingungen von Menschen zu weit unter dem durchschnittlichen Lebensstandard und den durchschnittlichen Lebensbedingungen in einem Land liegen. „Absolute Armut stellt einen auf die Unfähigkeit zum physischen Überleben reduzierten Begriff dar, dessen einziges Kriterium in der *Subsistenz*, das heißt der Fähigkeit zur Selbsterhaltung des Individuums, besteht“ (*Dietz* 1997, S. 87; Hervorhebung im Original). Während man bei absoluter Armut am physischen Existenzminimum lebt und das Leben auf dem Spiel steht, wird bei relativer Armut „nur“ das soziokulturelle Existenzminimum unterschritten.

Der französische Soziologe *Serge Paugam* (2008, S. 112 ff.) unterscheidet drei elementare Formen der Armut, wie er sie nennt: die „integrierte“, die „marginalisierte“ und die „disqualifizierende Armut“, mit denen sich bestimmte gesellschaftliche Rahmenbe-

dingungen verbinden. Die integrierte Armut betrifft viele Menschen, die in „unterentwickelten“ beziehungsweise „wenig industrialisierten“ Gesellschaften leben und sich wenig von den übrigen Bevölkerungsschichten unterscheiden. Die marginale Armut betrifft nur eine kleine Randgruppe der Bevölkerung, die mit dem großen Wachstumstempo nicht Schritt und sich nicht an die normativen Vorgaben der modernen Industriegesellschaft hält. Die disqualifizierende Armut beruht auf Prekarisierungsprozessen, die kollektive Ängste hervorrufen und sich zu einer Bedrohung für die Gesellschaftsordnung wie deren Kohäsion entwickeln können.

Terminologisch ist zwischen einer „Prekarisierung“ der Lohnarbeit als Prozess, in dem Millionen Beschäftigte gesicherter Arbeits- und Lebensbedingungen beraubt werden, der „Prekarität“ als schwieriger Soziallage und dem „Prekariat“ als einem Kunstwort zu unterscheiden, das diesen Begriff mit dem Terminus „Proletariat“ zur Kennzeichnung der davon betroffenen Personengruppe amalgamiert. Der französische Sozialwissenschaftler *Pierre Bourdieu* (1998, S. 96) hat diese Terminologie auch international bekannt gemacht, als er in einer Brandrede gegen den Neoliberalismus mit der Behauptung provozierte: „Prekarität ist überall.“ Mittlerweile prägt die genannte Begriffstria maßgeblich den europäischen Armutsdiskurs, zumindest was jene sozialwissenschaftlichen Fachkreise betrifft, die ihn auf der Grundlage einer kritischen Gesellschaftsanalyse führen (vgl. zum Beispiel *Castel; Dörre* 2009).

Robert Castel (2000, S. 360 f.) differenziert mit Blick auf die „neue soziale Frage“ beziehungsweise die Prekarisierung vieler Arbeitsverhältnisse im gegenwärtigen Kapitalismus zwischen einer „Zone der Integration“, einer „Zone der Verwundbarkeit“, einer „Zone der Fürsorge“ und einer „Zone der Exklusion“, die er auch als „Zone der Entkopplung“ bezeichnet. Ungeklärt bleibt, in welchem Verhältnis diese Zonen zu den Soziallagen einzelner Klassen und Gesellschaftsschichten stehen, anders formuliert, ob es sich um damit verbundene oder davon losgelöste Risiken handelt. *Klaus Dörre* weist – *Castel* folgend – auf die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit, das Wachsen der Existenzängste auch im Kernbereich der industriellen Stammebelegschaften und die mentalen Auswirkungen solcher Erosionsprozesse hin: „Einem Bumerangeffekt gleich sorgt die Konkurrenz der Prekarier

dafür, dass die Stammebelegschaften ihre Festanstellung als Privileg empfinden, das es mit Zähnen und Klauen zu verteidigen gilt. Auch die Mobilisierung von Ressentiments gegen Andere, weniger Leistungsfähige, Arbeitslose und Arme kann dafür ein Mittel sein“ (Dörre 2008, S. 5).

Herrschaftssicherung als Hauptfunktion der

Armut | Armut ist ein ausgesprochen merkwürdiges Phänomen: Niemand will davon betroffen sein, bejaht sie offen oder wünscht sie anderen. Gleichzeitig wähnt fast jeder Beobachter, in ihrer Existenz eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, wenn nicht gar für das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu sehen. Und obwohl zumindest ein so reiches Land wie die Bundesrepublik ihre sozialökonomischen Entstehungsursachen beseitigen könnte, wenn der politische Wille dazu vorhanden wäre beziehungsweise entsprechende Anstrengungen unternommen würden, gibt es sie immer noch, ja seit geraumer Zeit sogar in wachsendem Maße.

Wie ist dieses Paradox zu erklären? Ganz einfach: Armut entsteht nicht trotz, sondern durch Reichtum. Bertolt Brecht hat es in einem Vierzeiler folgendermaßen ausgedrückt: „Armer Mann und reicher Mann / standen da und sah’n sich an. / Und der Arme sagte bleich: / Wär’ ich nicht arm, wärst du nicht reich.“ Deshalb kann Armut im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung auch nicht durch zunehmenden Reichtum beseitigt werden. Beide sind vielmehr systembedingt und konstitutive Bestandteile eines Finanzmarktkapitalismus, dessen Sozialstaat gemäß neoliberaler Prämissen „um-“ beziehungsweise abgebaut wird (vgl. hierzu Butterwegge 2005, 2006, S. 115 ff. und 2007, S. 171 ff.).

In einer wohlhabenden Gesellschaft, die den Anspruch erhebt, sozial, gerecht und demokratisch zu sein, müssen Armut, sofern sie nicht auf Einzelfälle beschränkt ist und man ein persönliches Versagen der davon Betroffenen unterstellen kann, wie Reichtum, der ein vernünftiges Maß übersteigt, öffentlich gerechtfertigt werden. Dies geschieht primär über das Dogma, wonach es Leistungsträgern in der Sozialen Marktwirtschaft besser geht und besser gehen soll als den weniger Leistungsfähigen oder gar den „Leistungsverweigerern“, „Faulenzern“ und „Sozialschmarotzern“. Reinhard Kreckel bezeichnet die Leistungsideologie als wichtigstes Mittel zur Legitimation

von sozialer Ungleichheit in fortgeschrittenen westlichen (und östlichen) Staatsgesellschaften. Er spricht von einer „meritokratische[n] Triade“ von Bildungsabschluss, beruflichem Rang und Geldeinkommen – in der genannten Reihenfolge: „Die Qualifikation eines Individuums soll in eine entsprechende berufliche Position konvertierbar sein, die berufliche Position soll mit einem ihr angemessenen Einkommen ausgestattet sein – so will es die Leistungsideologie“ (Kreckel 1992, S. 97; Hervorhebungen im Original).

Armut und Reichtum werden gerechtfertigt, indem man sie als Sachzwang darstellt. So hält die Wirtschaftsjournalistin Inge Kloepper (2008, S. 281) nichts von allgemeinen Klagen über steigende Armut, die es schon lange gebe, denn Chancen und Risiken, wie sie eine moderne Leistungsgesellschaft nun einmal mit sich bringe, müssten akzeptiert werden: „Armut oder, besser gesagt, relative Armut ist wahrscheinlich die notwendige Begleiterscheinung einer von ihrer Ausrichtung her meritokratischen Gesellschaft, in der sich ein jeder nach seiner Leistung einen Platz erobert.“ Tatsächlich ist Armut unter den gegenwärtigen Bedingungen funktional, das heißt für die Aufrechterhaltung der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse erforderlich, diszipliniert sie doch unmittelbar Betroffene, Erwerbslose sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gleichermaßen. Dies bedeutet jedoch weder, dass Armut immer von jedem einzelnen politisch Verantwortlichen gewollt noch dass sie für das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem völlig ungefährlich ist.

Armut ist so alt wie die Menschheit. Neu erscheint heute aber manchen Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, dass die Armen für die Reichen keinen unmittelbaren Nutzen mehr hätten: „Die Reichen, die zufällig die Akteure mit den meisten Ressourcen und der größten Macht auf der politischen Bühne sind, brauchen die Armen weder zur Rettung ihrer Seelen (die sie nicht zu haben glauben und die sie ohnehin nicht der Fürsorge für wert halten würden) noch um reich zu bleiben oder reicher zu werden (was ihrer Meinung nach einfacher wäre, gäbe es nicht die Forderung, einen Teil ihres Reichtums mit den Armen zu teilen)“ (Bauman 1997, S. 331). Heinz Bude (1998, S. 372), der am Hamburger Institut für Sozialforschung arbeitet, behauptete sogar, dass die Armut „niemandem mehr“ nütze: „Sie belastet im Gegenteil das soziale Sicherungssystem, das im Prin-

zip von allen finanziert wird.“ Dies war jedoch seit dem Entstehen der mittelalterlichen Armenpflege immer der Fall. Sozial ausgegrenzte Minderheiten nützen sowohl den Herrschenden als auch dem bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem heute wie im 18. oder 19. Jahrhundert, denn sie führen den Nichtarmen genau wie damals plastisch vor Augen, was ihnen bei einer grundlegenden Veränderung ihrer Lebensweise oder bei einer Loyalitätsverweigerung droht. Ohne den im Verweigerungsfalle zu erwartenden sozialen Abstieg, dem die abhängig Beschäftigten entgehen möchten, weil sie in der Nachbarschaft sehen, welche Entwürdigungen damit verbunden sind, entfielen für sie das zentrale Motiv, sich tagtäglich dem Lohnarbeitszwang und dem Direktionsrecht der Unternehmer beziehungsweise ihrer Manager und Managerinnen zu unterwerfen.

Somit eignet sich Armut, um Prozesse der Flexibilisierung beziehungsweise Deregulierung des Arbeitsmarktes zu flankieren und die (noch) Beschäftigten zu disziplinieren. Armut ist für die Aufrechterhaltung der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse erforderlich, hält sie doch unmittelbar Betroffene, Erwerbslose und Arbeitnehmerinnen beziehungsweise Arbeitnehmer gleichermaßen unter Kontrolle. Armut dient als politisch-ideologisches Druckmittel, materielles Disziplinierungsinstrument und soziale Drohkulisse zugleich: Sie demonstriert jenen Menschen, die arm sind, dass ihre Leistungsfähigkeit und -bereitschaft nicht ausgereicht hat, um sich zu etablieren, und sie demonstriert jenen Menschen, die nicht arm sind, dass ihre Systemloyalität weiterhin nötig ist, um nicht abzustürzen.

Die neoliberale Transformation des Sozialstaates als Ursache für neue Armut | Kennzeichnend für den deutschen Wohlfahrtsstaat war seit den Sozialreformen im Wilhelminischen Kaiserreich, dass die Lohnarbeiter und Lohnarbeiterinnen gegen allgemeine Lebensrisiken versichert wurden. Durch die Zahlung von Beiträgen, an der sich ihre Arbeitgeber später halbpäritätisch beteiligten, erwarben sie – mittlerweile verfassungsrechtlich geschützte – Ansprüche, die beim Eintritt des Versicherungsfalles befriedigt werden mussten. Heute plädieren vor allem Liberale für eine stärkere Steuerfinanzierung sozialer Leistungen, obwohl oder gerade weil sie wissen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im „Lohnsteuerstaat“ Bundesrepublik Deutsch-

land erheblich stärker zur Ader gelassen werden als Kapitaleigentümer, Großaktionäre und Topmanager.

Michael Vester (2005, S. 26) charakterisiert die rot-grüne „Agenda 2010“ des damaligen Bundeskanzlers *Gerhard Schröder* mit ihrer Verlagerung der Existenzrisiken auf Kranke und Arbeitslose als Paradigmenwechsel von einem „Sozialversicherungsstaat für alle“ zu einem Fürsorgestaat, der sich nur noch um die Ärmsten kümmert. Vor allem das als „Hartz IV“ bezeichnete Gesetzespaket ebnete den Weg zum Almosen- beziehungsweise Suppenküchenstaat, weil es mit einer Abschiebung der Langzeitarbeitslosen in die Wohlfahrt einherging. War die Arbeitslosenhilfe eine Lohnersatzleistung, die sich noch Jahre oder Jahrzehnte später nach der Höhe des vorherigen Nettoverdienstes richtete, ist das Arbeitslosengeld II genauso niedrig wie die Sozialhilfe. *Annelie Buntentbach* (2010) spricht mit Blick auf die sogenannten Hartz-Gesetze von einem „Sozialhilfestaat“, weil bedürftigkeitsgeprüfte Grundsicherungsleistungen immer mehr an die Stelle beitragsfinanzierter und solidarisch organisierter Sozialversicherungen treten.

Perspektivisch droht das Gemeinwesen nach einem Zwei-Klassen-Modell in einen Wohlfahrtsmarkt sowie einen Wohltätigkeitsstaat zu zerfallen: Auf dem Wohlfahrtsmarkt kaufen sich Bürger und Bürgerinnen, die es sich finanziell leisten können, soziale Sicherheit (zum Beispiel Altersvorsorge durch Versicherungspolice der Assekuranz). Dagegen stellt der „postmoderne“ Sozialstaat nur noch euphemistisch „Grundsicherung“ genannte Minimalleistungen bereit, die Menschen vor dem Verhungern und Erfrieren bewahren, überlässt sie ansonsten jedoch der Obhut karitativer Organisationen und privater Wohltäter und Wohltäterinnen.

Neoliberale möchten den Wohlfahrtsstaat am liebsten auf die Basisfunktion der Armutsbekämpfung, -vermeidung und -verringerung reduzieren. Das karitative Engagement, wie es beispielhaft die Lebensmitteltafeln repräsentieren (vgl. dazu *Selke* 2008, 2009 und 2010), die wohltätigen Spenden sowie das Stiftungswesen haben offenbar gerade deshalb wieder Hochkonjunktur, weil man den Sozialstaat demontiert und dafür gesellschaftliche Ersatzinstitutionen braucht. An die Stelle des Sozialstaates tritt sukzessive ein Staat der Stifter, privaten Spender und Sponsoren.

Für *Fabian Kessl* und *Holger Schoneville* (2010, S. 45) sind die Lebensmittelausgaben der „Tafeln“ und ähnliche Initiativen in eine grundlegende Transformation der wohlfahrtsstaatlichen Armutsbekämpfung eingebettet und damit Ausdruck einer veränderten Armuts-politik: „Die Tafeln und analoge almosenökonomische Angebote werden [...] auf einer einen Seite zu einem Sinnbild der lebendigen Zivilgesellschaft stilisiert und auf der anderen Seite stellt ihr Ausbau die Leistungsfähigkeit der sozialstaatlich organisierten Sicherungs- und Dienstleistungsstrukturen nicht nur in Frage, sondern delegitimiert deren Notwendigkeit.“

Auf der Grundlage ihrer überzeugenden Analyse der Ambivalenz des Tafel(un)wesens fordern die Autoren eine fundierte Empirie der neuen Almosenökonomie, welche die Ausgangsbasis für eine angemessenere Armutsbekämpfung verbessern soll. Um die Armut in einem reichen Land mit Erfolg zu bekämpfen, reicht bürgerschaftliches beziehungsweise zivilgesellschaftliches Engagement tatsächlich so wenig aus wie professionelle Sozialarbeit, so nötig diese für eine Verbesserung der Lebenssituation für davon Betroffene auch sein mögen.

Armut – eine Gefahr für die Demokratie |

Breitet sich die Armut in einem reichen Land aus, wird ein Großteil der Bevölkerung marginalisiert, die Menschenwürde gleich massenhaft verletzt und den Betroffenen „strukturelle Gewalt“ (*Johan Galtung*) angetan. Arme und Reiche leben in einem permanenten Spannungsverhältnis, das sich zur sozialen Zeitbombe entwickeln kann, während Politik, Staat und Verwaltung nicht selten die Armen anstelle der Armut bekämpfen, statt für einen gerechten sozialen Ausgleich zu sorgen. Gleichzeitig gerät die Demokratie in Gefahr, denn sie verträgt sich nicht mit massenhafter Armut und extremem Reichtum. Wo die Armut grasiert, wird die Demokratie automatisch paralytisiert. Damit die Demokratie eine Regierungsform ist, in der sich alle wiederfinden – sonst handelt es sich ja gar nicht um eine „Herrschaft des Volkes“ –, muss sie eine soziale Demokratie sein, die Armut energisch bekämpft. Tut sie das nicht, werden jene Gesellschaftsmitglieder am meisten enttäuscht, die ihre personelle Basis bilden müssten.

Je weniger Chancen die Armen haben, sich an demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen, umso stärker empfinden sie

die Informations-, Partizipations- und Emanzipationsdefizite eines Parlamentarismus, dem sie teils mit „Politiker- und Parteienverdrossenheit“ begegnen. Arme sind nicht nur sozial benachteiligt, vielmehr in aller Regel auch politisch weniger aktiv, skeptischer gegenüber der Demokratie, die sie häufig für ihre prekäre Lage (mit) verantwortlich machen, und seltener bereit, wählen zu gehen (vgl. dazu *Linden; Thaa* 2009). Hieraus kann eine Legitimationskrise der parlamentarischen Demokratie erwachsen, die im Wesentlichen darauf beruht, dass alle Bürger und Bürgerinnen unabhängig von ihrem Einkommen und Vermögen gleiche Partizipationsmöglichkeiten haben und diese auch kontinuierlich wahrnehmen.

Die zunehmende soziale Spaltung erhöht nicht bloß das Konflikt- und Gewaltpotenzial der Gesellschaft, vielmehr auch die Wahrscheinlichkeit einer Krise der politischen Repräsentation. Wenn die Lebensverhältnisse der Mitglieder einer demokratisch verfassten Gesellschaft, das heißt Armut und Reichtum immer stärker auseinanderklaffen, kann sich eine latente Bürgerkriegsstimmung ausbreiten.

Wer die brisante Mischung von berechtigter Empörung, ohnmächtiger Wut und blankem Hass auf fast alle P(artei)olitikerinnen und -politiker unseres Landes kennt, wie sie wohl nur in Versammlungen von Hartz-IV-Beziehenden existiert, sofern diese nicht schon resigniert und sich aus der Öffentlichkeit zurückgezogen haben, kommt zu dem Schluss, dass in der Bundesrepublik längst zwei Welten oder „Parallelgesellschaften“ existieren und die Brücken dazwischen endgültig abgebrochen sind.

Armut ist eine Gefahr für die Demokratie, weil diese mehr beinhaltet, als dass Bürger und Bürgerinnen alle vier oder fünf Jahre zur Wahlurne gerufen werden, nämlich auch einschließt, dass sie gleichberechtigt an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen teilnehmen können. Hierzu müssen sie über die materiellen Mittel verfügen, um auch in ferner gelegenen Orten stattfindende politische und Bildungsveranstaltungen sowie Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen zu besuchen. Eine alleinerziehende Mutter, die nicht weiß, wie sie eine bevorstehende Klassenfahrt oder teure Schulmaterialien für ihre Kinder bezahlen soll, wird sich kaum an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen können.

Die Aufgaben der Sozialen Arbeit im Kampf gegen die Armut | Je stärker die soziale Frage dadurch in den Fokus der Medienöffentlichkeit rückt, dass Armut aus einem Tabuthema zum Topthema von Talkshows über die Folgen der Finanzwirtschaftskrise, den Zerfall der Mittelschicht oder die Abstiegsängste vieler Menschen wird, umso mehr ist die Soziale Arbeit gefordert, darauf eine überzeugende Antwort zu geben. Diese kann aber nicht darin bestehen, Armut für den Staat möglichst kostengünstig zu verwalten und ihre negativen Langzeitfolgen für die davon Betroffenen zu lindern. Vielmehr muss sich die Profession wirtschafts- und sozialpolitisch einmischen, auf die gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen der Armut einwirken und zu verhindern suchen, dass diese entsteht.

Sofern unsere Analyse richtig und Armut mehr ist als ein zufälliges Ereignis im Leben von Menschen, die „nicht mit Geld umgehen können“, nämlich systemimmanent, kann man den Betroffenen schwerlich die Schuld daran zuschieben und dem Problem weder mittels moralischer Appelle an Wohlhabende noch mittels karitativer Maßnahmen beikommen. Vielmehr muss der Reichtum angetastet werden und eine Umverteilung von oben nach unten stattfinden, wenn die Armut wirksam bekämpft werden soll.

Die kapitalistische Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft der Gegenwart zerfällt in die Parallelwelten der (Super-)Reichen sowie der Armen, die sich wiederum als Niedriglöhnerinnen und -löhner („working poor“) und als total Verelendete („underclass“) kennzeichnen lassen. Im Rahmen einer solchen Dualisierung der Armut kann sich eine „Zwei-Klassen-Sozialarbeit“ herausbilden, deren Doppelfunktion *Ronald Lutz* (2008, S. 9) folgendermaßen skizziert: „Aktivierung und Training der Fähigen und Erfolgversprechenden auf der einen Seite; Versorgung, Verwaltung und Kontrolle derjenigen, die zur Aktivierung nicht mehr geeignet erscheinen, auf der anderen.“

Da die Armut eng mit den bestehenden Produktions-, Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen verknüpft ist, müssen diese verändert werden, um sie nachhaltig verringern zu können. Nur wenn die Bevölkerung für das Problem sensibilisiert, ein gesellschaftskritisches Potenzial mobilisiert und politische Gegenmacht organisiert wird, lässt sich die Armut verringern und verhindern, dass immer wieder neue

entsteht. Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen, Sozialpädagoginnen und -pädagogen können dazu einen Beitrag leisten, indem sie neben der praktischen Hilfe „vor Ort“ über die reine Lobbyarbeit für Arme hinaus ein gesellschaftspolitisches Mandat im Sinne der anwaltschaftlichen Vertretung unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen wahrnehmen und so die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu deren Gunsten beeinflussen. Notwendig sind daher eine Neuvermessung des Sozialen (vgl. dazu *Hentges; Lösch* 2011) und eine (Re-)Politisierung der Sozialen Arbeit, was umstritten ist, wie die in Fachkreisen darüber geführte Kontroverse (vgl. dazu *Merten* 2001) zeigt.

Eine weitere Aufgabe der Sozialen Arbeit wäre es, dem sich ausbreitenden Wohlstandschauvinismus dadurch zu begegnen, dass der „Oben-unten“-Gegensatz im öffentlichen Diskurs schärfer konturiert wird. Sie muss überzeugend vermitteln, dass ein ökonomistisch verkürzter Leistungsbegriff all jene Menschen benachteiligt, deren materielle Bedingungen schlecht sind, und hauptsächlich denjenigen nützt, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft und Bildungschancen ohnehin schon privilegiert sind. Auch der Konkurrenzbegriff sollte stärker entmystifiziert werden: So sinnvoll ein freiwillig und fair ausgetragener Wettbewerb zwischen Wirtschaftssubjekten sein kann, so ruinös ist der neoliberale Hochleistungsfetischismus. „Eigenverantwortung“ und „Selbstvorsorge“ sind gleichfalls gut klingende Parolen, die verdecken (sollen), dass der Schutz sozial Benachteiligter und Bedürftiger verringert oder ganz verweigert wird.

Je mehr sich eine Gesellschaft neoliberalen Konzepten unterwirft, desto inhumaner wird sie. Zwar ist der moderne Wohlfahrtsstaat im Zeichen einer Globalisierung des Wirtschaftslebens notwendiger denn je, er gerät aber unter wachsenden Legitimationsdruck. Daher gehört es heute zu den Hauptaufgaben von Sozialarbeit und Sozialpädagogik, die Standortlogik zu widerlegen. Gerade weil die durch den Globalisierungsprozess beschleunigte Individualisierung persönliche Schuldzuschreibungen an die Betroffenen (Arbeitslose, Arme, Obdachlose, Drogenabhängige, Aidskranke etc.) begünstigt und strukturelle Zusammenhänge eher verdunkelt, muss eine übergreifende Sichtweise gefördert und die Solidarität neu begründet werden. Eine kritische Sozialarbeit muss den falschen Behauptungen und irreführenden Standard-

argumenten der Neoliberalen entgegneten, vor allem jedoch die Kardinalfrage aufwerfen, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen: Soll es eine brutale Konkurrenzgesellschaft sein, die Leistungsdruck und Arbeitshetze weiter erhöht, Erwerbslose, Alte und Behinderte ausgrenzt sowie Egoismus, Durchsetzungsfähigkeit und Rücksichtslosigkeit eher honoriert, sich aber über den Verfall von Sitte, Anstand und Moral wundert, oder eine zivile und soziale Bürgergesellschaft, die Kooperation statt Konkurrenzverhalten, Mitmenschlichkeit und Toleranz statt Gleichgültigkeit und Elitebewusstsein fördert? Ist ein permanenter Wettkampf auf allen Ebenen und in allen Bereichen, zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Quartieren, Kommunen, Regionen und Staaten, bei dem die (sicher ohnehin relative) Steuergerechtigkeit genauso auf der Strecke bleibt wie hohe Sozial- und Umweltstandards, wirklich anzustreben? Eignet sich das Marktprinzip als gesamtgesellschaftlicher Regulationsmechanismus, obwohl es auf seinem ureigenen Terrain, der Volkswirtschaft, ausweislich einer sich verfestigenden Massenarbeitslosigkeit, gegenwärtig kläglich versagt?

Darauf die richtigen Antworten zu geben heißt, den Neoliberalismus mitsamt seinem fragwürdigen Konzept der „Standortsicherung“, aber auch den sich im Zentrum der Gesellschaft ausbreitenden Rechtspopulismus, (Standort-)Nationalismus und Rassismus (vgl. zum Beispiel *Sarrazin* 2010) erfolgreich zu bekämpfen. Entsprechend der berühmten Maxime „Global denken – lokal handeln!“ hätten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter trotz ihrer sich vielfach verschlechternden Handlungsbedingungen gleichzeitig in politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse vor Ort einzugreifen. Um wirtschaftliche und wohlfahrtsstaatliche Weichenstellungen beeinflussen zu können, muss sich Soziale Arbeit mit einem kritischen Blick für die gesellschaftliche Realität einmischen und engagiert Partei für die Opfer neoliberaler Modernisierung ergreifen, auch wenn ihr das von interessierter Seite den Vorwurf mangelnder Objektivität, Sachlichkeit und Professionalität einträgt.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät, Gronewaldstraße 2, 50931 Köln, E-Mail: <http://www.christophbutterwegge.de/kontakt.php>

Literatur

- Bauman**, Zygmunt: Schwache Staaten. Globalisierung und die Spaltung der Weltgesellschaft. In: Beck, Ulrich (Hrsg.): *Kinder der Freiheit*. Frankfurt am Main 1997, S. 323-331
- Bourdieu**, Pierre: Prekarität ist überall. In: ders.: *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*. Konstanz 1998, S. 96-102
- Bude**, Heinz: Die Überflüssigen als transversale Kategorie. In: Berger, Peter A.; Vester, Michael (Hrsg.): *Alte Ungleichheiten – neue Spaltungen*. Opladen 1998, S. 363-282
- Buntenbach**, Annelie: Vom Sozialstaat zum Sozialhilfestaat? In: *Soziale Sicherheit* 4/2010, S. 125-129
- Butterwegge**, Christoph: Wohlfahrtsstaat und Soziale Arbeit im Zeichen der Globalisierung. In: Störch, Klaus (Hrsg.): *Soziale Arbeit in der Krise. Perspektiven fortschrittlicher Sozialarbeit*. Hamburg 2005, S. 12-38
- Butterwegge**, Christoph: *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. Wiesbaden 2006
- Butterwegge**, Christoph: Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik. In: Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf: *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden 2007, S. 135-219
- Butterwegge**, Christoph: Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. Frankfurt am Main/New York 2011
- Castel**, Robert: *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz 2000
- Castel**, Robert; Dörre, Klaus (Hrsg.): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main/New York 2009
- Dietz**, Berthold: *Soziologie der Armut. Eine Einführung*. Frankfurt am Main/New York 1997
- Dörre**, Klaus: Armut, Abstieg, Unsicherheit: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 33-34/2008, S. 3-5
- Hauser**, Richard: Das Maß der Armut: Armuts Grenzen im sozialstaatlichen Kontext. Der sozialstatistische Diskurs. In: Huster, Ernst-Ulrich; Boeckh, Jürgen; Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): *Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung*. Wiesbaden 2008, S. 94-117
- Hentges**, Gudrun; Lösch, Bettina (Hrsg.): *Die Vermessung der sozialen Welt. Neoliberalismus – extreme Rechte – Migration im Fokus der Debatte*. Wiesbaden 2011
- Kessler**, Fabian; Schoneville, Holger: Soziale Arbeit und die Tafeln – von der Transformation der wohlfahrtsstaatlichen Armutsbekämpfung. In: Lorenz, Stephan (Hrsg.): *Tafelgesellschaft. Zum neuen Umgang mit Überfluss und Ausgrenzung*. Bielefeld 2010, S. 35-48
- Kloepfer**, Inge: *Aufstand der Unterschicht. Was auf uns zukommt*. Hamburg 2008
- Kreckel**, Reinhard: *Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit*. Frankfurt am Main/New York 1992
- Linden**, Markus; Thaa, Winfried (Hrsg.): *Die politische Repräsentation von Fremden und Armen*. Baden-Baden 2009
- Lutz**, Ronald: *Perspektiven der Sozialen Arbeit*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Das Parlament* 12-13/2008, S. 3-10

RESSOURCENORIENTIERUNG | Kritisch-konstruktive Reflexion über einen Paradigmenwechsel sozialprofessionellen Handelns

Axel Bohmeyer

Zusammenfassung | Sozialprofessionelles Handeln wird in jüngerer Zeit zunehmend an den Ressourcen der Adressaten und Adressatinnen Sozialer Arbeit ausgerichtet: Deren Fähigkeiten, Kompetenzen und Potenziale sollen gefördert und genutzt werden. Hiermit wird eine Abkehr vom defizitbehafteten Blick auf die Problemlagen von Klientinnen und Klienten behauptet. Eine kritische Reflexion dieser in pädagogischen beziehungsweise sozialarbeitswissenschaftlichen Diskursen populären Ressourcenorientierung zeigt aber, dass eine Abgrenzung von den Defiziten im Zusammenhang sozialprofessionellen Handelns keineswegs trennscharf vorzunehmen ist.

Abstract | In recent times, professional social work has increasingly become oriented towards the resources of its addressees whose abilities, skills and potentials are meant to be nurtured and utilized in order to turn away from a deficit-oriented view of clients' problems. A critical reflexion of this resource-oriented approach, which is popular in academic pedagogic or social work discourses, shows, however, that a clear-cut distinction between resources and deficits in the context of professional social work is hard to define.

Schlüsselwörter ► Sozialarbeiter
► Handlungskompetenz ► Klient
► Ressourcen ► Empowerment

Einleitung | Das „Fachlexikon der sozialen Arbeit“ enthält in seiner kürzlich erschienenen siebten überarbeiteten und aktualisierten Auflage zwar einen eigenen Artikel über den Begriff der Ressourcen, dem Begriff der Defizite wird in dem einschlägigen Werk hingegen kein eigener Artikel gewidmet. Diese begriffliche Leerstelle lässt sich nach einer inhaltlichen Analyse des Eintrags über den Begriff der Ressourcen erklären. Die Begriffe Ressourcen beziehungsweise Ressourcenorientierung, Ressourcenaktivierung und Ressourcenförderung werden als „feste Ankerpunkte

Merten, Roland (Hrsg.): Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat? – Positionen zu einem strittigen Thema. Opladen 2001

Paugam, Serge: Die elementaren Formen der Armut. Hamburg 2008

Sarrazin, Thilo: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München 2010

Selke, Stefan: Fast ganz unten. Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird. Münster 2008

Selke, Stefan (Hrsg.): Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention. Wiesbaden 2009

Selke, Stefan (Hrsg.): Kritik der Tafeln in Deutschland. Standortbestimmungen zu einem ambivalenten sozialen Phänomen. Wiesbaden 2010

Vester, Michael: Der Wohlfahrtsstaat in der Krise. Die Politik der Zumutungen und der Eigensinn der Alltagsmenschen. In: Schultheis, Franz; Schulz, Kristina (Hrsg.): Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag. Konstanz 2005, S. 21-33